



EAK Bundesgeschäftsstelle
Endenicher Straße 41
53115 Bonn

Tel. +49 (0)228 24 999 - 0
Fax +49 (0)228 24 999 - 20

office@eak-online.de
www.eak-online.de

Bank für Kirche und Diakonie
IBAN: DE11 3506 0190 1014 3090 19
BIC: GENODE1DKD

Pressemitteilung

Bonn, 2. November 2021/dj

EAK: Neue Koalition soll deutliche friedenspolitische Zeichen setzen

Ansprechpartner:

Wolfgang Burggraf
Telefon: +49 (0)228 24 999 25
Email: burggraf@eak-online.de

Dieter Junker
Telefon: +49 (0)171 416 10 87
Email: presse@eak-online.de

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden (EAK) hat die künftige Ampelkoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP aufgefordert, in der neuen Bundesregierung auch klare friedenspolitische Zeichen zu setzen. „Wenn die künftige Bundesregierung betont, dass die neue Koalition einen Aufbruch will, dann sollte dies auch in der Außen- und Sicherheitspolitik deutlich erkennbar sein“, so Detlev Besier, einer der Sprecher der EAK, nach einer Vorstandsklausur in Fulda.

Ein Punkt dabei könnte der Verzicht auf die weitere Rekrutierung Minderjähriger für die Bundeswehr sein. „Hier ist es höchste Zeit, dass die Bundeswehr keine Minderjährigen mehr in die Truppe aufnimmt“, betont Detlev Besier. Darum solle die neue Bundesregierung das Rekrutierungsalter für den Militärdienst auf 18 Jahre anheben und auch die Bundeswehrwerbung in Schulen beenden, fordert die EAK.

Ebenso sollte die neue Bundesregierung nach Ansicht des evangelischen Friedensverbandes den UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen, so wie 122 andere Staaten zuvor. „Atomwaffen sind friedensethisch nicht zu vertreten, es ist höchste Zeit, dass Schritte hin zu einer atomwaffenfreien Welt gegangen werden. Der Atomwaffenverbotsvertrag ist hier ein wichtiger Teil davon“, erklärt Detlev Besier, der auch Friedensbeauftragter der Evangelischen Kirche der Pfalz ist. Als einen ersten Schritt könnte hier die neue Bundesregierung schon jetzt einen Beobachter-



Status beim Atomwaffenverbotsvertrag einnehmen, so die EAK.

Und schließlich sollte die neue Bundesregierung ein deutliches Signal geben, wonach künftig zivile Konfliktlösungen den Vorrang vor militärischen Lösungen haben werden. „Afghanistan hat deutlich gezeigt, dass militärische Lösungen bei Konflikten nicht möglich sind. Hier ist es wichtig, dass die finanzielle Ausstattung einer zivilen Konfliktlösung deutlich verbessert wird“, erläutert der EAK-Sprecher.

*Die **Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK)** ist innerhalb der „Konferenz für Friedensarbeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)“ der Dachverband für diejenigen, die in den evangelischen Landeskirchen und Freikirchen für Fragen der Kriegsdienstverweigerung (KDV) und Friedensarbeit zuständig sind. Die EAK ist Teil der Friedensarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland und beschäftigt sich mit Fragen der Friedensethik, Friedenstheologie, Friedenspolitik und Friedenspädagogik. Internet: www.eak-online.de*